



Protokoll

Aktenzeichen: 924-966/9/2

Datum:	18. Dezember 2019 (Protokoll vom 4. März 2020)
Ort:	Bundesamt für Justiz, Bern
Zeit:	09.30 bis 15.30 Uhr

Protokoll der 16. Sitzung der beratenden Kommission / Cocosol vom 18. Dezember 2019

Vorsitz:	Luzius Mader	Präsident Ehem. Delegierter des EJPD für Opfer von FSZM und ehem. Stv. Direktor Bundesamt für Justiz
Mitglieder:	Elsbeth Aeschlimann	Ehem. Vertreterin der kant. Anlaufstellen
	Urs Allemann-Caflisch	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe, Betroffener
	Laetitia Bernard	Sozialarbeiterin Anlaufstelle LAVI FR, ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
	Guido Fluri	Unternehmer und Urheber der Wiedergutmachungsinitiative, Betroffener
	Lisa Yolanda Hilafu	Präsidentin Zwangsadoption-Schweiz, Betroffene
	Barbara Studer Immenhauser	Staatsarchivarin des Kantons Bern und Präsidentin der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK)
	Christian Raetz	Leiter des «Bureau cantonal de médiation VD»
	Maria Luisa Zürcher	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
Ex officio:	Susanne Kuster	Stv. Direktorin des Bundesamtes für Justiz / Leiterin Direktionsbereich öffentliches Recht (für Traktandum 1)
	Reto Brand	Bundesamt für Justiz / Leiter Fachbereich FSZM
Protokoll:	Simone Anrig	Bundesamt für Justiz / Fachbereich FSZM



1. Begrüssung und Mitteilungen

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 9.30 Uhr und begrüsst die Mitglieder der beratenden Kommission zur heutigen Sitzung. Entschuldigungen sind keine zu verzeichnen. Speziell begrüsst wird Susanne Kuster (Stv. Direktorin des Bundesamtes für Justiz BJ / Leiterin Direktionsbereich öffentliches Recht), welche für das Traktandum 1 anwesend ist. Lisa Hilafu, Barbara Studer und Laetitia Bernard sind im Übrigen nur bis zur Mittagspause anwesend.

Das Protokoll der letzten Sitzung der beratenden Kommission vom 26. November 2019 wurde bereits auf dem Zirkularweg genehmigt.

Die Unterlagen für die heutige Sitzung wurden vor ca. 7 Tagen an die Mitglieder versandt. Offenbar haben sie alle rechtzeitig erhalten.

Susanne Kuster informiert über Folgendes:

- Medienmitteilung des Bundesrates vom 27. November 2019¹: Der Bundesrat hat den Schlussbericht und die Empfehlungen der Unabhängigen Expertenkommission (UEK) zur Kenntnis genommen. Der Bundesrat sei der Meinung, dass der Wiedergutmachungsprozess noch nicht abgeschlossen sei, habe dabei aber v.a. auf die bereits bestehenden Kompetenzen aufgrund der aktuellen Rechtslage Bezug genommen, d.h. auf die Möglichkeit der Unterstützung von Selbsthilfeprojekten durch den Bund sowie die wissenschaftliche Aufarbeitung des Themas FSZM. Diese beiden Bereiche sollen auch weiterhin im Zentrum der künftigen Bemühungen stehen.
- Interpellation 19.4271 von Ständerat Paul Rechsteiner zur Frage der Umsetzung der Empfehlungen der UEK²: Zu dieser Interpellation hat der Bundesrat ebenfalls am 27. November 2019 Stellung genommen. Inhaltlich entspricht diese im Wesentlichen der Medienmitteilung vom 27. November 2019 (vgl. oben).
- In der Dezember-Session wurde im Parlament zudem das Budget des Bundes behandelt. Darin ist der Betrag, der in Zukunft für Selbsthilfeprojekte im Bereich FSZM zur Verfügung stehen wird, massiv auf 2 Mio. Franken pro Jahr erhöht worden (bisher Fr. 150'000.— pro Jahr). Damit sollen sinnvolle Projekte zugunsten von Opfer und Betroffenen unterstützt werden. Insofern begrüsst das BJ auch das verstärkte Engagement der Guido Fluri Stiftung sehr, mit dem Betroffene mittels Coaching beim Aufgleisen eigener Selbsthilfeprojekte unterstützt werden sollen.
- Parlamentarische Initiative 19.476 der Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates³ (SGK-S) betreffend Nicht-Anrechnung des Solidaritätsbeitrages an das Vermögen bei der Berechnung der Ergänzungsleistungen (EL): Das Parlament hat in der Dezember-Session beschlossen, dass der Solidaritätsbeitrag bei der Berechnung der EL nicht mehr zum Vermögen gerechnet werden darf. Nach (unbenutztem) Ablauf der Referendumsfrist kann diese Regelung ab Frühling 2020 umgesetzt werden. Bereits erfolgte Kürzungen der EL sollen ebenfalls rückgängig gemacht werden.
- Die parlamentarische Initiative 19.471 von Ständerat Raphael Comte⁴ betreffend Verlängerung der Frist zur Einreichung von Gesuchen um einen Solidaritätsbeitrag werde momentan in der vorberatenden Kommission des Ständerates behandelt. Die Kommission verfasse in diesem Fall selbst einen Entwurf für eine Revision des Bundesgesetzes über die Aufarbeitung der Fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen (AFZFG), wobei aktuell zwei Varianten vorgesehen seien: Aufhebung der Einreichungs-

¹ <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-77234.html>

² Weitere Informationen: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20194271>

³ Weitere Informationen: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20190476>

⁴ Weitere Informationen: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20190471>

frist oder Festlegen einer neuen Frist. Der Entwurf soll im Januar 2020 in der Kommission beraten und gegebenenfalls bereits im Frühjahr im beschleunigten Verfahren im Parlament behandelt werden. Der Fahrplan hierfür sei sehr ehrgeizig und der Entscheid, ob die Einreichungsfrist aufgehoben wird oder eine neue Frist angesetzt wird, sei noch offen. Wenn sowohl der Stände- als auch der Nationalrat – wie geplant – in der Frühjahressession der Gesetzesrevision zustimmen, könne diese nach Ablauf der Referendumsfrist im Juli 2020 Kraft treten. Dies würde für die beratende Kommission / Cocosol bedeuten, dass ihre Arbeit voraussichtlich noch weitergehen würde. Mit wie vielen neuen Gesuchen zu rechnen sei, sei aber schwierig abzuschätzen. Für das BJ sei deshalb die weitere Planung der Gesuchsbearbeitung wegen der vielen ungewissen Faktoren nicht einfach.

Barbara Studer fragt in diesem Zusammenhang nach, ob die Kantone zur Frage der Fristaufhebung bzw. -verlängerung noch die Möglichkeit zur Stellungnahme haben werden. Gemäss Susanne Kuster sehe die zuständige Kommission im Moment nicht vor, eine Vernehmlassung durchzuführen (eine solche würde in der Regel drei Monate in Anspruch nehmen). Es sei aber eine schriftliche Information vorgesehen und eventuell werde es eine andere Form des Einbezugs der Kantone geben, denn die Angelegenheit sei in Bezug auf die Anlaufstellen und Archive wichtig. Luzius Mader weist darauf hin, dass sich das Parlament mit diesem Vorgehen relativ grosszügig über Regelungen des gesetzlich vorgesehenen Vernehmlassungsverfahrens hinwegsetze.

Urs Allemann-Cafilisch dankt für die vielen Informationen. Es falle aber auf, dass der Bundesrat zu den einzelnen Vorschlägen der UEK bisher keine Stellung genommen habe. Es sei sehr gut, dass der Aufarbeitungsprozess weitergehe und mehr Mittel für Selbsthilfeprojekte zur Verfügung stehen würden, es seien bereits viele Ideen vorhanden. Es müssten diesbezüglich noch Gespräche geführt werden, aber er bitte schon jetzt darum, zu gegebener Zeit angehört zu werden. Er rechne zudem mit vielen weiteren Gesuchen um einen Solidaritätsbeitrag.

Letitia Bernard weist auf ihre Erfahrungen bei der Anlaufstelle betreffend Bedeutung der Aufhebung bzw. Verlängerung der Einreichungsfrist hin: Viele Betroffene hätten nicht daran geglaubt, dass es mit der Auszahlung der Solidaritätsbeiträge klappen könnte. Auch gebe es viele Geschwister, die noch kein Gesuch gestellt hätten.

Lisa Hilafu hält fest, dass am runden Tisch Jahre lang für Lösungen gekämpft worden sei. Viele Betroffene seien damals nicht hinter den Vertretern des Runden Tisch gestanden; heute verlangten gerade diese Betroffenen über und mit der UEK die gleichen Anliegen erneut.

Gemäss Guido Fluri gehe die politische Arbeit weiter. Wenn es Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation der Opfer gäbe, so müssten diese im Interessen der Opfer unterstützt und Mehrheiten im Parlament erarbeitet werden (z.B. bei der Empfehlung der UEK für eine lebenslange Zusatzrente). Lisa Hilafu gibt in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass viele Parlamentarier davon ausgehen würden, dass es sich bei den Betroffenen um Pensionierte handle, obwohl es auch noch sehr viele Betroffene gäbe, die noch im arbeitsfähigen Alter stehen würden.

Susanne Kuster weist im Weiteren darauf hin, dass im Moment auf politischer Ebene auch das Projekt „Haus der anderen Schweiz“ offiziell diskutiert werde (vgl. Motion 19.4397 von Nationalrätin Flavia Wasserfallen⁵). Barbara Studer erwähnt zudem, dass im Kanton Bern das „Haus der anderen Schweiz“ ebenfalls ein Thema sei (vgl. Motion von Grossrätin Béatrice Stucki⁶). Auf jeden Fall wird zu differenzieren sein, ob die Initiative hierfür von Betroffenen

⁵ Weitere Informationen: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20194397>

⁶ Weitere Informationen: <https://www.gr.be.ch/gr/de/index/geschaefte/geschaefte/suche/geschaeft.gid-3f69116fd4a744a2ab5b028ae88efce3.html>

im Sinne eines Selbsthilfeprojekts ausgehe oder ob damit eine öffentlich-rechtliche Institution geschaffen werden soll. Wichtig sei generell, dass die Politik auf die wirklichen Bedürfnisse der Betroffenen/Opfer aufmerksam gemacht werde und diese einbezogen würden. Gemäss Lisa Hilafu geschehe dies z.B. bei den Adoptierten nicht. Luzius Mader gibt zu bedenken, dass mit einem solchen Projekt – trotz guter Absichten – die Stigmatisierung der Betroffenen von FSZM aufrechterhalten werde. Gemäss Urs Allemann-Cafilisch sollte deshalb ein solches „Haus der anderen Schweiz“ allen offenstehen, nicht nur den Betroffenen von FSZM.

Guido Fluri gibt zu bedenken, dass man auch einmal schätzen dürfe, was bereits erreicht wurde. Aus der Verantwortung heraus, was hier in der Schweiz geschaffen worden sei, sollte der Blick auch auf andere Länder gerichtet werden. Lobbyarbeit sei nötig, damit in anderen europäischen Ländern die Aufarbeitung ebenfalls angestossen werden könne. Deshalb plane die Guido Fluri Stiftung die Lancierung einer entsprechenden europäischen Petition (Start bis spätestens Mitte 2020). Luzius Mader erwähnt in diesem Zusammenhang, dass auch im Rahmen des Nationalfondsprojekts NFP 76 im nächsten Sommer eine internationale Tagung zu den Aufarbeitungsprozessen in den verschiedenen europäischen Ländern stattfinden werde.

Susanne Kuster dankt an dieser Stelle für das Engagement der Mitglieder der beratenden Kommission und deren Präsident Luzius Mader. Für das Anliegen der Betroffenen um Wiedergutmachung habe diese eine wichtige Arbeit geleistet. Ihre Empfehlungen zu den Gesuchen um einen Solidaritätsbeitrag seien wichtig für die Akzeptanz der Entscheide des BJ. Wie es in Bezug auf diese Gesuche weitergehen werde, werde sich nun im Verlaufe des nächsten Jahres zeigen. Gegebenenfalls hoffe das BJ auf ein weiteres Engagement der beratenden Kommission. Der Präsident schliesst sich diesem Dank an und erwähnt bei dieser Gelegenheit auch die gute Unterstützung der beratenden Kommission durch den Fachbereich FSZM.

Lisa Hilafu informiert über die Informationsveranstaltung der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), welche am 26. November 2019 betreffend ihre Forschung zur Aufarbeitung der Lebensgeschichten von in der Schweiz adoptierten Menschen stattgefunden hat. Sie habe beobachtet, dass einzelne Betroffene oder andere befragte Personen den Forschenden falsche Informationen abgeben würden und sich die Wissenschaftler manchmal einfach um den Finger wickeln lassen würden.

Der Präsident weist abschliessend darauf hin, dass der Kassensturz in der Sendung von gestern Abend „seine Erfolgsstory“ zur Nicht-Anrechnung des Solidaritätsbeitrages an das Vermögen bei der EL-Berechnung verkündet habe.

2. Diskussion von Einzelfalldossiers, bei denen der Fachbereich FSZM eine Abweisung oder ein Nichteintreten vorsieht bzw. von Grenzfällen

Der Präsident hält in Bezug auf die seit der letzten Sitzung versandten Monatslisten mit vorgesehenen Gutheissungen und klaren Nichteintretensfällen fest, dass in Bezug auf die November-Listen 2019 keine Einwände seitens der Kommissionsmitglieder eingetroffen seien.

Reto Brand schlägt an dieser Stelle vor, dass anlässlich der heutigen Sitzung ausnahmsweise eine Zwischengenehmigung der Monatslisten Dezember 2019 mit 12 Gutheissungen und 9 klaren Nichteintretensfällen (Stand 17. Dezember 2019) durch die beratende Kommission erfolgt. Die Kommissionsmitglieder sind mit diesem Vorgehen einverstanden und erheben keine Einwände gegen die vom Fachbereich FSZM vorgesehenen Entscheide in diesen Fällen.

Aus den letzten Kommissionssitzungen gibt es noch 6 Gesuche, die nicht abschliessend behandelt werden konnten, weil noch Informationen beschafft bzw. Abklärungen getätigt werden mussten. Der Fachbereich FSZM teilt mit, dass in 2 Fällen die Zusatzabklärungen noch nicht abgeschlossen seien. Betreffend 4 Gesuchen informiert der Fachbereich über das Ergebnis der Zusatzabklärungen. Diese Fälle werden von der beratenden Kommission teilweise

nochmals diskutiert. Schliesslich werden 2 Fälle zur Gutheissung und 1 Fall zur Abweisung empfohlen sowie in 1 Fall nochmals weitere Abklärungen gewünscht.

Für die heutige Sitzung wurden der beratenden Kommission insgesamt 21 weitere Gesuche zur Stellungnahme unterbreitet, bei denen der Fachbereich FSZM eine Abweisung (17 Fälle) bzw. eine Diskussion von Grenzfällen (4 Fälle) vorschlägt. Nach eingehender Diskussion jedes einzelnen Falles empfiehlt die beratende Kommission:

- 2 Gesuche gutzuheissen;
- 14 Gesuche abzuweisen;
- die Behandlung von 5 Gesuchen zu verschieben, bis weitere Abklärungen erfolgt sind.

Urs Allemann-Caflisch erwähnt im Weiteren, dass er wegen eines negativen Entscheides des BJ (Nichteintretensverfügung, weil der geltend gemachte Sachverhalt nicht unter das AFZFG falle) kontaktiert worden sei. Die beratende Kommission hatte vorgängig hierzu ihre Empfehlung auf dem Zirkularweg abgegeben. Die Kommissionsmitglieder haben anlässlich der heutigen Sitzung nochmals Gelegenheit, Einsicht in die Akten zu nehmen. Der Entscheid des BJ erscheint ihnen nachvollziehbar. Wenn die gesuchstellende Person damit nicht einverstanden sein sollte, hat sie die Möglichkeit – wie in der Rechtsmittelbelehrung am Schluss der Verfügung erwähnt – dagegen Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht zu erheben.

3. Stand der vom Fachbereich FSZM vorgeprüften bzw. von der beratenden Kommission behandelten Gesuche

Der Präsident orientiert, dass bis zur letzten Sitzung vom 26. November 2019 von der beratenden Kommission insgesamt 8558 Gesuche geprüft worden seien.

Gestützt auf die entsprechende Monatsliste November 2019 seien auf dem Zirkularweg insgesamt 231 weitere Gesuche, bei denen der Fachbereich FSZM eine Gutheissung vorsah, behandelt worden.

Hinzu würden 8 Fälle kommen, bei denen auf das Gesuch klarerweise nicht eingetreten werden könne, weil die geltend gemachten Massnahmen erst nach 1981 veranlasst und vollzogen worden seien bzw. offensichtlich keinerlei Massnahme im Sinne des Gesetzes vorlägen und somit das Bundesgesetz über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 (AFZFG) nicht anwendbar sei. Diese Fälle seien von der beratenden Kommission ebenfalls bereits auf dem Zirkularweg geprüft worden (vgl. entsprechende Monatsliste November 2019).

Im Rahmen der heutigen Zwischengenehmigung der Monatslisten Dezember 2019 kommen noch 12 Gutheissungen und 9 klare Nichteintretensfälle hinzu (vgl. Traktandum 2).

Für die heutige Sitzung seien 21 Gesuche traktandiert worden (vgl. Traktandum 2).

Der aktuelle Stand der von der beratenden Kommission bis heute behandelten Gesuche beträgt nunmehr total 8839 Gesuche.⁷

Abschliessend weist Reto Brand darauf hin, dass im Moment rund 50 der (rechtzeitig) eingereichten Gesuche vom Fachbereich FSZM noch nicht abschliessend bearbeitet werden konnten, weil z.B. noch Aktensuchen offen sind.

Die Differenz zwischen der Anzahl der Gesuche, die bereits von der beratenden Kommission behandelt wurden bzw. beim Fachbereich FSZM zurzeit noch offenen sind, und der Gesamt-

⁷ Darin enthalten sind auch 17 Fälle, bei denen das Gesuch zwar erst nach dem 31. März 2018, d.h. nach Ablauf der Einreichfrist eingereicht wurde, die Frist aber aus wichtigen Gründen ausnahmsweise wiederhergestellt und das Gesuch um einen Solidaritätsbeitrag gutgeheissen werden konnte.

zahl der rechtzeitig bis Ende März 2018 eingereichten Gesuche (9018) erklärt sich insbesondere dadurch, dass einzelne Gesuche vom Fachbereich FSZM ohne Empfehlung der beratenden Kommission erledigt wurden (z.B. weil das Gesuch formell zurückgezogen wurde / weil ein Gesuch für bereits verstorbene Personen gestellt worden war / weil das Gesuch trotz mehrmaliger Aufforderung des BJ so unvollständig geblieben war, dass eine inhaltliche Beurteilung unmöglich war) oder weil einige Gesuche nachträglich im System wieder storniert werden mussten (z.B. wenn die gleiche Person ihr Gesuch einmal selbst und danach auch noch über eine Anlaufstelle eingereicht hatte, sog. Doppelerfassungen).

Überdies seien beim Fachbereich FSZM bisher 280 Gesuche nach dem 31. März 2018, d.h. nach Ablauf der Einreichfrist eingetroffen. In 17 Fällen konnte die Frist ausnahmsweise wiederhergestellt werden, weil die Frist aus wichtigen Gründen verpasst wurde. In 23 Fällen konnte die Frist jedoch nicht wiederhergestellt werden. Die übrigen Fälle sind noch offen.

An dieser Stelle kommt die beratenden Kommission nochmals auf das Thema der möglichen Aufhebung oder Verlängerung der Einreichfrist für die Gesuche um einen Solidaritätsbeitrag zurück (vgl. schon Traktandum 1). Reto Brand weist darauf hin, dass am 12. Dezember 2019 unter der Leitung der SODK beim BJ ein Treffen mit den kantonalen Anlaufstellen stattgefunden habe, bei dem ca. die Hälfte der Anlaufstellen vertreten gewesen seien. Dabei sei auch die Frage thematisiert worden, wie mit neuen Gesuchen umzugehen sei, falls vom Parlament die Verlängerung bzw. Aufhebung der Einreichfrist beschlossen werde. Es sei als sinnvoll erachtet worden, dass die Anlaufstellen allfällige Gesuch erst dann beim BJ einreichen sollten, wenn die Fristverlängerung bzw. -aufhebung tatsächlich vom Parlament beschlossen worden sei (voraussichtlich im März 2020). Würde es anders gehandhabt, könnte bei den Betroffenen irrigerweise der Eindruck entstehen, dass die «Fristverlängerung» schon jetzt vom Parlament beschlossen worden sei.

Reto Brand weist im Weiteren darauf hin, dass im Hinblick auf die mögliche Aufhebung oder Verlängerung der Einreichfrist der Kommunikation in den Medien besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse. Bisher hätten die Medien den Kreis der Anspruchsberechtigten leider häufig nur auf die Kategorie der Verding- oder Heimkinder verkürzt. Die Medien müssten – noch viel mehr als bisher – für dieses Problem sensibilisiert werden, so dass für alle klar wird, dass alle Opferkategorien gemeint sind. Je nachdem, wie gut dies gelingen werde, würden sich dann wohl mehr oder weniger Personen melden und noch ein Gesuch einreichen.

4. Selbsthilfe-Projekte

Das Parlament hat im Rahmen der Budgetdebatte den Kredit für Selbsthilfeprojekte substantiell erhöht (vgl. Traktandum 1). Reto Brand informiert, dass Anfang 2020 im BJ diesbezüglich das weitere Vorgehen besprochen werde. Es soll eine Auslegeordnung gemacht werden: welche Arten von Projekten und wie viele Projekte könnten unterstützt werden? Wichtig sei ein gutes und überlegtes Vorgehen, damit die Sache sinnvoll und vernünftig aufgegleist werden könne. Für grössere, komplexe Projekte brauche es sicherlich in der einen oder anderen Form geeignete professionelle Unterstützung. Kleinere Projekte sollten aber nach wie vor von Betroffenen selbst lanciert und durchgeführt werden können.

5. Verschiedenes

Die nächste Sitzung der beratenden Kommission findet am Dienstag, 11. Februar 2020, ab 9.30 Uhr, im BJ statt.

Der Präsident dankt allen Mitgliedern für die aktive Teilnahme und die konstruktive Zusammenarbeit an der heutigen Sitzung. Er schliesst diese um 15.30 Uhr.



Procès-verbal

Numéro de dossier : 924-966/9/2

Date : 18 décembre 2019 (procès-verbal du 4 mars 2020)
Lieu : Office fédéral de la justice, Berne
Heure : de 9h30 à 15h30

Procès-verbal de la 16^e séance de la commission consultative (Cocosol) du 18 décembre 2019

Présidence : Luzius Mader Président
Ancien délégué du DFJP aux victimes de MCFA
et ancien directeur suppléant de l'OFJ

Membres : Elsbeth Aeschlimann Ancienne représentante des points de contact
cantonaux
Urs Allemann-Cafilisch Ancien membre du comité du fonds d'aide immé-
diata, personne concernée
Laetitia Bernard Collaboratrice du centre de consultation LAVI du
canton de Fribourg, ancienne membre du comité
du fonds d'aide immédiate
Guido Fluri Entrepreneur et auteur de l'initiative sur la répara-
tion, personne concernée
Lisa Yolanda Hilafu Présidente de Zwangsadoption-Schweiz, per-
sonne concernée
Barbara Studer Immen-
hauser Archiviste cantonale du canton de Berne et
présidente de la Conférence des directrices et di-
recteurs d'archives suisses (CDA)
Christian Raetz Chef du Bureau cantonal de médiation du canton
de Vaud
Maria Luisa Zürcher Ancienne membre du comité du fonds d'aide im-
médiate

Ex officio : Susanne Kuster Directrice suppléante de l'OFJ / cheffe du do-
maine de direction Droit public (pour le point 1 de
l'ordre du jour)
Reto Brand OFJ / chef de l'unité MCFA

Procès-verbal : Simone Anrig OFJ / unité MCFA



1. Accueil et informations générales

Le président ouvre la séance à 9h30 et souhaite la bienvenue aux membres de la commission consultative. Il ne déplore aucune absence et salue tout spécialement Susanne Kuster (Directrice suppléante de l'OFJ / cheffe du domaine de direction Droit public), venue exprès pour le point 1 à l'ordre du jour. Lisa Hilafu, Barbara Studer et Laetitia Bernard ne seront présentes que le matin.

Le procès-verbal de la séance du 26 novembre 2019 a déjà été approuvé par voie de circulaire.

Les documents nécessaires à la séance du jour ont été envoyés aux membres il y a environ une semaine. Tout le monde semble les avoir reçus.

Susanne Kuster informe les participants sur les points suivants :

- Communiqué de presse du Conseil fédéral du 27 novembre 2019¹ : le Conseil fédéral a pris acte du rapport final et des recommandations de la commission indépendante d'experts CIE. Il est d'avis que le processus de réparation n'est pas encore terminé et a renvoyé aux compétences existant sur la base du droit actuel, autrement dit à la possibilité de soutien fédéral accordé aux projets d'entraide et à l'étude scientifique consacrée aux MCFA. Ces deux domaines doivent rester au cœur des efforts engagés.
- Interpellation 19.4271 du Conseiller aux États Paul Rechsteiner sur la question de la mise en œuvre des recommandations de la CIE² : le Conseil fédéral a également pris position sur cette interpellation le 27 novembre 2019. Cet avis correspond pour l'essentiel au communiqué de presse daté du même jour (voir plus haut).
- Pendant sa session de décembre, le Parlement a également délibéré sur le budget de la Confédération. Le montant dédié aux projets d'entraide dans le domaine des MCFA y a été relevé massivement à 2 millions de francs par an (150 000 francs par an jusqu'ici). Il devrait permettre de soutenir les projets utiles aux victimes et aux personnes concernées. L'OFJ applaudit aussi l'engagement accru de la fondation Guido Fluri, qui vise à soutenir les personnes concernées dans le lancement de leurs propres projets d'entraide par des coachings.
- Initiative parlementaire 19.476 de la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique du Conseil des États³ (CSSS-E) concernant la non-imputation de la contribution de solidarité à la fortune des personnes concernées lors du calcul des prestations complémentaires (PC) : le Parlement a décidé pendant la session de décembre que la contribution de solidarité ne pourrait plus être ajoutée à la fortune dans ledit calcul. À l'écoulement du délai de référendum, la réglementation pourra entrer en vigueur au printemps 2020. Les réductions de PC déjà opérées seront annulées à titre rétroactif.
- L'initiative parlementaire 19.471 du Conseiller aux États Raphael Comte⁴ concernant la prolongation du délai de dépôt des demandes de contribution de solidarité est actuellement délibérée par la commission consultative du Conseil des États. Ladite commission rédigera elle-même un projet de révision de la loi fédérale sur les mesures de coercition à des fins d'assistance et les placements extrafamiliaux antérieurs à 1981 (LMCFA), deux variantes étant à l'étude : suppression du délai de dépôt ou fixation d'un nouveau délai. Le projet devrait être discuté en janvier 2020 puis traité par le Parlement en

¹ <https://www.admin.ch/gov/fr/accueil/documentation/communiques/communiques-conseil-federal.msg-id-77234.html>

² Plus d'informations à l'adresse : <https://www.parlament.ch/fr/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20194271>

³ Plus d'informations à l'adresse : <https://www.parlament.ch/fr/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20190476>

⁴ Plus d'informations à l'adresse : <https://www.parlament.ch/fr/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20190471>

procédure accélérée au printemps. Le calendrier est très ambitieux et la décision concernant la suppression du délai ou la fixation d'un nouveau délai est encore en suspens. Si le Conseil des États comme le Conseil national approuvent la révision – comme prévu – lors de la session de printemps, la loi pourrait entrer en vigueur à l'échéance du délai référendaire, en juillet 2020. Cela signifierait, pour la commission consultative (Cocosol) qu'elle poursuivrait son travail. Il est difficile d'estimer combien de nouvelles demandes seront déposées. L'OFJ a par conséquent quelque peine à planifier le travail de traitement des demandes compte tenu des nombreux facteurs incertains.

Barbara Studer demande à ce propos si les cantons auront encore la possibilité de prendre position sur la question de la suppression ou de la prolongation du délai. De l'avis de Susanne Kuster, la commission compétente ne compte pas pour le moment organiser une consultation (pareille consultation prend généralement trois mois). Il est en revanche prévu d'envoyer une information par écrit et éventuellement d'associer les cantons sous une autre forme, car la question est importante pour les points de contact et les archives. Luzius Mader signale que le Parlement, ce faisant, méconnaît quelque peu les prescriptions légales régissant la procédure de consultation.

Urs Allemann-Cafilisch remercie Susanne Kuster pour toutes ces informations. Il remarque que le Conseil fédéral n'a pas encore pris position sur les différentes propositions de la CIE. Il trouve bien que le travail de mémoire se poursuive et que davantage de moyens soient débloqués pour les projets d'entraide, car les idées bouillonnent. Des discussions doivent encore être menées, mais il demande aujourd'hui déjà à être entendu le moment venu. Il pense qu'il y aura encore beaucoup de demandes de contribution de solidarité.

Laetitia Bernard évoque les expériences qu'elle a faites auprès du point de contact au sujet de l'importance de la suppression ou de la prolongation du délai de dépôt de demandes : nombre de personnes concernées n'imaginaient pas que le versement des contributions de solidarité fonctionnerait. Beaucoup de frères et sœurs n'ont encore déposé aucune demande.

Lisa Hilafu constate que les participants à la Table ronde se sont battus pendant des années pour trouver des solutions. Bien des personnes concernées n'ont pas soutenu leurs représentants ; aujourd'hui, ce sont précisément elles qui demandent les mêmes choses par l'intermédiaire de et avec la CIE.

Selon Guido Fluri, le travail politique se poursuit. S'il existe des possibilités d'améliorer la situation des victimes, elles doivent être soutenues, dans l'intérêt des victimes, et il faut trouver des majorités au Parlement (par ex. en ce qui concerne la recommandation de la CEI en faveur d'une rente à vie). Lisa Hilafu remarque à ce propos que de nombreux parlementaires semblent supposer que les personnes concernées sont tous des retraités, alors que beaucoup d'entre elles sont encore en âge de travailler.

Susanne Kuster signale par ailleurs que le projet « Maison de l'autre Suisse » est actuellement discuté officiellement par les politiques (voir la motion 19.4397 de la conseillère nationale Flavia Wasserfallen⁵). Barbara Studer mentionne à ce propos que la « Maison de l'autre Suisse » occupe également le canton de Berne (voir la motion de la députée au Grand Conseil Béatrice Stucki⁶). Il faudra en tout cas examiner si cette initiative part des personnes concernées, en tant que projet d'entraide, ou s'il y a lieu de créer une institution de droit public. De manière générale, il est important que les politiques soient rendus attentifs aux vrais besoins des victimes et des personnes concernées et que ces dernières soient associées aux processus. Lisa Hilafu pense que ce n'est pas le cas en ce qui concerne par ex. les personnes adoptées. Luzius Mader fait remarquer que pareil projet – aussi bien intentionné

⁵ Plus d'informations à l'adresse : <https://www.parlament.ch/fr/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20194397>

⁶ Plus d'informations à l'adresse : <https://www.gr.be.ch/gr/fr/index/geschaefte/geschaefte/suche/geschaefte.gid-3f69116fd4a744a2ab5b028ae88efce3.html>

soit-il – maintient la stigmatisation des personnes victimes de MCFA. Pour Urs Allemann-Cafilisch, la « Maison de l'autre Suisse » devrait en conséquence être ouverte à tous, pas seulement aux personnes concernées par les MCFA.

Guido Fluri fait remarquer qu'il faudrait enfin prendre le temps de rendre hommage à ce qui a été accompli. Partant de ce qui a été réalisé en Suisse, il faudrait tourner le regard vers d'autres pays. Un travail de lobbying s'impose pour inciter d'autres pays d'Europe à faire eux aussi un travail de mémoire. C'est pourquoi la fondation Guido Fluri prévoit de lancer une pétition européenne en ce sens (au plus tard au milieu de 2020). Luzius Mader indique à ce propos qu'une conférence internationale est prévue l'été prochain, dans le cadre du programme national de recherche PNR 76, sur le travail de mémoire réalisé dans différents pays européens.

Susanne Kuster remercie ici les membres de la commission consultative et son président Luzius Mader pour leur engagement. Tous ont fourni un précieux travail en faveur des personnes concernées et de la réparation du tort qu'elles avaient subi. Leurs recommandations concernant les demandes de contribution de solidarité ont été importantes pour l'acceptation des décisions de l'OFJ. Les années qui viennent montreront ce qu'il adviendra de ces demandes. L'OFJ aura peut-être encore besoin de l'engagement de la commission consultative. Le président s'associe à ces paroles de remerciement et profite de l'occasion pour évoquer le soutien fourni à la commission par l'unité MCFA.

Lisa Hilafu informe les participants sur la séance d'information de la Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) qui a eu lieu le 26 novembre 2019 au sujet de ses travaux de recherche sur les histoires de vie des personnes adoptées en Suisse. Elle a observé que certaines de ces personnes ou d'autres personnes interrogées avaient fournies de fausses informations et que les scientifiques s'étaient parfois laissés embobiner.

Le président signale pour conclure que l'émission « Kassensturz » d'hier soir a rendu compte du succès remporté avec la décision d'exclure la contribution de solidarité de la fortune des intéressés lors du calcul des PC.

2. Discussion de dossiers individuels pour lesquels l'unité MCFA propose un rejet ou une non-entrée en matière et de cas limites

Le président constate, en ce qui concerne la liste mensuelle envoyée depuis la dernière séance, avec les approbations prévues et les cas clairs de non-entrée en matière, que les membres de la commission n'ont émis aucune critique sur la liste de novembre 2019.

Reto Brand propose que la séance du jour soit exceptionnellement l'occasion pour la commission consultative de donner temporairement son feu vert à la liste mensuelle de décembre 2019, avec 12 approbations et 9 cas clairs de non-entrée en matière (état le 17 décembre 2019). Les membres de la commission sont d'accord et n'ont aucune réserve à apporter au sujet des décisions prévues par l'unité MCFA au sujet de ces cas.

Il reste à traiter 6 demandes en suspens depuis la dernière séance de la commission parce qu'il fallait encore réunir des informations ou procéder à des examens. L'unité MCFA communique que les examens complémentaires ne sont pas terminés dans 2 cas. Elle informe les participants sur le résultat des examens de 4 demandes. Ces cas seront en partie rediscutés par la commission consultative. Celle-ci recommande d'approuver 2 demandes et d'en rejeter une et souhaite davantage d'examens dans un cas.

Un total de 21 autres demandes sont soumises à la commission consultative pour sa séance du jour, pour lesquelles l'unité MCFA propose un rejet (17 cas) ou la discussion des cas limites (4 cas). Au terme d'une discussion approfondie de chacun de ces cas, la commission consultative propose la chose suivante :

- approbation de 2 demandes ;
- rejet de 14 demandes ;
- renvoi de 5 demandes en attendant des éclaircissements.

Urs Allemann-Caflisch mentionne en outre qu'il a été contacté à la suite d'une décision négative de l'OFJ (décision de non entrée en matière parce que les faits avancés n'entrent pas dans le champ d'application de la LMCFA). La commission consultative avait émis une recommandation sur ce cas par voie de circulaire. Les membres de la commission ont une nouvelle fois l'occasion aujourd'hui de consulter le dossier. La décision de l'OFJ leur semble compréhensible. Si la personne ayant déposé la demande n'est pas d'accord, elle a la possibilité – comme l'indiquent les voies de droit figurant à la fin de la décision – de faire recours auprès du Tribunal administratif fédéral.

3. État des demandes pré-examinées par l'unité MCFA et traitées par la commission consultative

Le président informe les participants que la commission consultative a examiné pas moins de 8558 demandes jusqu'à sa séance du 26 novembre 2019.

Au vu de la liste mensuelle de novembre 2019, 231 autres demandes ont été traitées par voie de circulaire, pour lesquelles l'unité MCFA prévoyait une approbation.

Viennent s'y ajouter 8 cas dans lesquels il est clairement impossible d'entrer en matière parce qu'elles portent sur des mesures prononcées et exécutées après 1981 ou ne sont visiblement pas des mesures au sens de la loi et n'entrent donc pas dans le champ d'application de la LMCFA. Ces cas ont également été examinés par la commission consultative par voie de circulaire (voir la liste de novembre 2019).

Dans le cadre du feu vert donné temporairement à la liste de décembre 2019, 12 approbations et 9 cas clairs de non entrée en matière sont à ajouter (voir point 2 à l'ordre du jour).

21 demandes ont été mises à l'ordre du jour de la séance d'aujourd'hui (voir point 2 à l'ordre du jour).

Le stade actuel des demandes traitées à ce jour par la commission consultative est donc de 8839 au total⁷.

Reto Brand signale pour conclure qu'environ 50 des demandes déposées (à temps) n'ont pas encore pu être traitées complètement par l'unité MCFA, parce que les recherches de documents se poursuivent.

La différence entre le nombre des demandes déjà traitées par la commission consultative ou encore en suspens au sein de l'unité MCFA et le nombre total de demandes déposées à temps (9018), c'est-à-dire avant la fin mars 2018, s'explique notamment par le fait que certaines demandes ont été réglées par l'unité MCFA sans recommandation de la commission consultative (par ex. parce que la demande a été retirée formellement / qu'une demande avait été déposée pour une personne déjà décédée / que la demande est restée si incomplète, malgré les nombreux rappels de l'OFJ, qu'une appréciation était impossible) ou parce que quelques demandes ont dû être supprimées a posteriori du système (par ex. quand la même personne avait déposé une demande en personne et via un point de contact, autrement dit à double).

L'unité MCFA a en outre reçu 280 demandes déposées après le 31 mars 2018, c'est-à-dire après l'écoulement du délai. Dans 17 cas, le délai a exceptionnellement été restitué,

⁷ Ce chiffre contient aussi 17 cas dans lesquels la demande a été déposée après le 31 mars 2018, c'est-à-dire après le délai, mais pour lesquels le délai a été exceptionnellement restitué, pour des motifs importants, et dans lesquels la demande de contribution de solidarité a pu être approuvée.

parce qu'il n'avait pas été respecté pour des motifs importants. Dans 23 cas, le délai n'a pu être restitué. Les autres cas sont encore en suspens.

La commission consultative revient ici sur la question de la suppression ou du prolongement du délai de dépôt des demandes de contribution de solidarité (voir le point 1 à l'ordre du jour). Reto Brand indique qu'une rencontre a eu lieu à l'OFJ le 12 décembre 2019, sous la conduite de la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales (CDAS), avec les points de contact cantonaux, dont près de la moitié était représentée. La question y a aussi été abordée, notamment pour savoir comment procéder avec les nouvelles demandes si le Parlement décidait de prolonger ou supprimer le délai. Les participants ont jugé bon que les points de contact n'adressent les éventuelles demandes à l'OFJ qu'une fois connue la décision du Parlement (probablement en mars 2020). Si on agissait autrement, on pourrait donner aux personnes concernées l'impression que la prolongation de délai a déjà été adoptée par le Parlement.

Reto Brand signale en outre qu'il faut prêter une attention particulière à la communication avec les médias en ce qui concerne la suppression ou la prolongation éventuelle du délai. Les médias ont jusqu'ici bien souvent réduit le cercle des ayant droit, malheureusement, aux enfants placés de force dans des familles ou des foyers. Il faut sensibiliser davantage encore les médias à ce problème, afin qu'il soit bien clair que toutes les catégories de victimes sont visées. Le nombre des personnes qui se manifesteront et déposeront une demande sera plus ou moins élevé selon le succès de cette sensibilisation.

4. Projets d'entraide

Le Parlement a augmenté substantiellement le crédit destiné aux projets d'entraide lors des débats sur le budget (voir le point 1). Reto Brand informe les participants que l'OFJ a discuté début 2020 de la suite des événements. Il faut prendre des dispositions : quels types de projets et combien de projets pourraient être soutenus ? Il est important de bien réfléchir à la bonne procédure à suivre pour que les choses soient mises sur les rails de manière judicieuse et raisonnable. Pour les projets importants et complexes, il faut certainement un soutien professionnel, sous une forme ou une autre. Les plus petits projets doivent quant à eux être lancés et exécutés par les personnes concernées.

5. Divers

La prochaine séance de la commission consultative aura lieu le mardi 11 février 2020, à partir de 9h30, à l'OFJ.

Le président remercie tous les membres de la commission pour leur participation active et leur collaboration constructive et clôt la séance à 15h30.